



Caren Lay

Mitglied des Deutschen Bundestages
Verbraucherpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE

caren.lay@bundestag.de

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Dossier: Die Energiewende sozial gestalten

Stand: 15. Juni 2011

Die Energiewende sozial gestalten

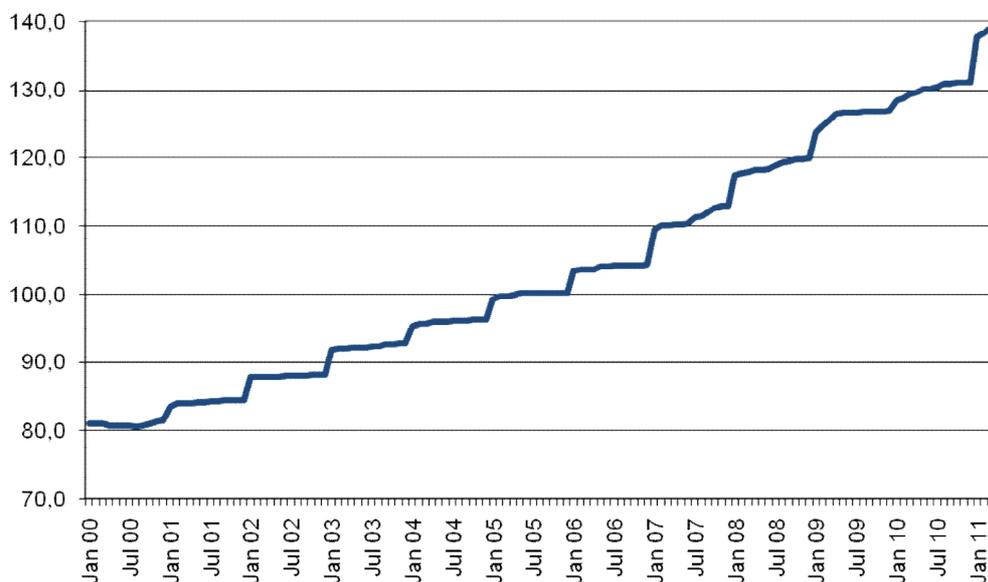
Die Energiepolitik der schwarz-gelben Bundesregierung stößt bei Verbraucherinnen und Verbrauchern auf wenig Zustimmung. Drei von vier Befragten sehen die großen Energiekonzerne als die alleinigen Gewinner politischer Beschlüsse.¹ Nur vier Prozent aller Stromkunden meinen, durch eine sichere Stromversorgung und stabile Preise zu profitieren. Trotz des Atomunglücks in Fukushima bleibt die Bundesregierung zögerlich: Auf ein konsequentes, schnellstmögliches Ausstiegskonzept und einen Schutzschirm für Stromkunden hat man vergebens gehofft.

DIE LINKE fordert den atomaren Ausstieg bis Ende 2014. Niemand darf Menschen atomaren Risiken aussetzen. Dabei kommt es darauf an, die Energiewende sozial zu gestalten. Die Politik darf sich nicht auf Apelle beschränken, wenn die Stromkonzerne jetzt erneut mit Strompreiserhöhungen drohen. Das Dossier beantwortet hierzu wichtige Fragen und nennt zentrale Forderungen der Fraktion DIE LINKE.

Wie haben sich die Strompreise entwickelt?

In den letzten zehn Jahren haben sich die Strompreise fast verdoppelt. Im europäischen Vergleich sind die Strompreise in Deutschland überdurchschnittlich. Das Umweltbundesamt hat ausgerechnet: Verbraucherinnen und Verbraucher zahlen jährlich 10 bis 15 Milliarden Euro zu viel in die Kassen der Stromkonzerne.² Der Bund der Energieverbraucher schätzt, dass die Preise um mindestens 25 bis 30 Prozent überhöht sind.

Verbraucherpreisindex Strom



Quelle: Statistisches Bundesamt, Daten zur Energiepreisentwicklung, 29.04.2011.

¹ ARD-Umfrage, Ende 2010.

² Umweltbundesamt (UBA): Daten zur Umwelt – Energiepreisentwicklung, Februar 2011.

Warum sind die Strompreise so stark gestiegen?

Hauptgrund für die überhöhten Preise ist die „Marktmacht hinter der Steckdose“: Die vier Energieriesen RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall verfügen über rund 85 Prozent der deutschen Kraftwerkskapazitäten.³ Mit der Liberalisierung des Strommarktes 1998 ist die Marktmacht der Konzerne enorm gewachsen. Im Juni 2007 hat die Bundesregierung auch noch die staatliche Preisaufsicht abgeschafft. Die Preise unterliegen daher weder einer Genehmigungspflicht noch einer Prüfung. Seit diesem Zeitpunkt sind sie noch rasanter in die Höhe geschneit.

Auch die Spekulation mit Strom auf den Finanzmärkten treibt den Preis. Der Handel an der Leipziger Strombörse und der weit undurchsichtigeren außerbörslichen Handel, der drei Viertel des Marktes ausmacht, führen zu unkalkulierbaren Preisschwankungen. Insiderhandel und Marktmanipulation haben ein leichtes Spiel. So sind Angebotsverknappungen, um den Preis zu erhöhen, nachgewiesen worden. Strafrechtliche Folgen blieben mangels Rechtsgrundlage aus. Selbst niedrige Handelskurse geben die Stromriesen nicht an Verbraucherinnen und Verbraucher weiter. Die Abgabe für erneuerbare Energien hat hingegen den geringsten Anteil am Strompreis. Preistreiber sind vor allem die Konzerne selbst.

Wie haben sich die Gewinne der Energieriesen entwickelt?

Seit 2002 haben die Energieriesen RWE, E.ON, und EnBW 100 Milliarden Euro Gewinn erzielt. Das heißt: Sie haben ihre Gewinne versiebenfacht!⁴ Trotz Wirtschaftskrise haben die Stromkonzerne Erträge eingefahren, die weit über denen anderer Branchen liegen: Die Rendite auf das eingesetzte Kapital liegt für die Stromriesen bei 25 Prozent, während andere DAX-Unternehmen auf durchschnittlich neun Prozent kommen.

Milliarden Euro stecken sich die Energiekonzerne jährlich auch durch den Finanzmarkthandel mit Strom und Verschmutzungsrechten (Emissionshandel) in die Tasche. Bei E.ON etwa stammt ein Großteil der Gewinne aus Spekulationsgeschäften mit Stromderivaten. Hinzu kommen die Steuervorteile durch Rückstellungen für Stilllegung und Rückbau von Atomkraftwerken oder die Entsorgung von Atommüll. Sie haben den AKW-Betreibern ebenfalls milliarden-schwere Vorteile erbracht.

Die explodierenden Gewinne machen deutlich, dass die Versorger nicht bloß Kosten weitergeben, sondern ihre Marktmacht maßlos ausnutzen. Nur ein Fünftel der Strompreiserhöhungen in den zehn Jahren wurde durch Zusatzkosten des Ökostroms verursacht, ganze vier Fünftel gehen auf das Konto der „Marktmacht hinter der Steckdose“⁵.

Was heißt Energie-Armut?

Während die Stromkonzerne Rekordgewinne einstreichen, nimmt auf Verbraucherseite die Energie-Armut stetig zu: Immer mehr Menschen können sich keine angemessene Energienutzung mehr leisten. Hunderttausende Privathaushalte sind jährlich wegen Zahlungsunfähigkeit von Stromsperren betroffen – Tendenz steigend.

³ Statistisches Bundesamt (destatis), Daten zur Energiepreisentwicklung, 29.04.2011.

⁴ Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, Studie vom Oktober 2010.

⁵ Forum ökolog.-soziale Marktwirtschaft: Was Strom wirklich kostet, Studie im Auftrag von Greenpeace Energy, April 2011.

Einkommensschwache Haushalte können die massiv überhöhten Strompreise durch Einsparungen nicht auffangen. Stattdessen tragen die Strom- und Heizkosten als „zweite Miete“ zur Überschuldung bei. Auch der von der Bundesregierung gern propagierte Wechsel zu einem günstigeren Anbieter bleibt insbesondere ärmeren Haushalten oft versperrt. Denn der Wechsel ist an die Bonität der Kunden gebunden.

Ein besonderes Armutszeugnis für die Bundesregierung ist die Tatsache, dass die Hartz-IV-Regelleistung für Strom nicht ausreicht: Die reinen Stromkosten übersteigen den Regelsatz für Energie bereits um 45 Prozent!⁶ Erwerbslose Ostdeutsche sind besonders betroffen. In allen ostdeutschen Bundesländern – mit Ausnahme von Berlin – liegen sowohl die Arbeitslosenquote als auch die Stromkosten über dem Bundesdurchschnitt.

Kommt es durch den Atomausstieg zu höheren Strompreisen?

Atomstrom ist – rechnet man die enormen Aufwendungen für Sicherheit und Entsorgung sowie staatliche Fördergelder aus Steuermitteln hinzu – extrem teuer. Die Gesamtkosten für Atomstrom summieren sich auf 12,8 Cent je Kilowattstunde. Atomstrom ist damit Spitzenreiter, dicht gefolgt von Kohlestrom mit 12,1 Cent. Demgegenüber belaufen sich die Gesamtkosten bei Windenergie nur auf 7,6 Cent pro Kilowattstunde und bei Wasserstrom auf 6,5 Cent.⁷ Die insgesamt zu tragenden Kosten werden also umso geringer, je schneller der Ausstieg erfolgt. Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien muss heute schon auf kostengünstige Technologien gesetzt werden. Dazu zählt vor allem die Windenergie an Land.

Die Stromkonzerne haben sich mehr als ein dickes Polster zugelegt, um den Atomausstieg ohne Preiserhöhungen zu verkraften. Greenpeace veranschlagt für einen Atomausstieg bis 2015 und die Abschaltung aller großen Kohlekraftwerke bis 2030 Investitionen von 110 Milliarden Euro. Demgegenüber stünden 145 Milliarden Euro Einsparungen, etwa bei den Ausgaben für Brennstoffe!

Warum wurde bisher so wenig auf Energieeinsparung gesetzt?

Die Bundesregierung handelt entweder einseitig vermietetfreundlich oder lässt sich von der Industrielobby treiben. Die Gebäuderichtlinie der EU sieht vor: Wer ein Haus verkauft oder eine Wohnung vermietet, soll einen nachvollziehbaren Energiepass vorlegen. Die Bundesregierung umgeht diese verbraucher- und umweltpolitischen Vorgaben jedoch mit einem Trick zugunsten der Wohnungswirtschaft: Statt anzugeben, welche Energiesparmaßnahmen am Gebäude möglich sind, wird zumeist nur der Energieverbrauch der Vormieter angegeben. Da die jährliche Energiemenge maßgeblich vom Verhalten der Wohnungsnutzer abhängt, läuft diese Regelung ins Leere.

Mit ihrem Energiekonzept hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, den Energiebedarf des Gebäudebestandes bis 2050 um etwa 80 Prozent zu reduzieren. Allerdings hat sie die Höhe der Fördermittel von 2009 bis jetzt immer weiter verringert. (2009: 2,2 Milliarden Euro, 2010: 1,35 Milliarden Euro, für 2011 geplant: nur noch 436 Millionen Euro). Im Haushalt 2012 ist bis dato kein Cent zur Förderung der Gebäudesanierung vorgesehen. Mit ihrem Mietrechtsänderungsgesetz versucht die Bundesregierung, die Kosten für die energetische Gebäudesanierung auf die Mieterinnen und Mieter abzuwälzen.

⁶ Verbraucherportal Verivox, 18.05.2011.

⁷ Forum ökolog.-soziale Marktwirtschaft: Was Strom wirklich kostet, Studie im Auftrag von Greenpeace Energy, April 2011.

In der Kennzeichnung von Energie-Effizienzklassen wiederum ist die Bundesregierung vor der Industrielobby eingeknickt. Die Skala der Effizienzklassen von A bis G hatte sich bewährt. Sie ermöglichte Verbraucherinnen und Verbrauchern beim Kauf eines Kühlschranks oder einer Waschmaschine ein klares Signal. Trotzdem ist die Skala verwässert worden, indem es nun zusätzlich die Klassen A+, A++ und A+++ gibt. Dies führt zu Verbrauchertäuschung und dient nur der Industrie, statt energieeffiziente Produkte zu fördern.

Funktionieren Sozialtarife?

In Belgien und Frankreich gibt es bereits verbindliche Sozialtarife – in Großbritannien hingegen ein Modell, das auf Freiwilligkeit beruht. Belgien etwa hat einen Stromsozialtarif für Haushalte mit einem Einkommen bis ca. 600 Euro sowie für „geschützte Personen“ wie chronisch Kranke und Behinderte: Die Grundgebühr entfällt. Es gibt ein Frei-Kontingent von 500 Kilowattstunden. Und die Netzregulierungsbehörde legt halbjährlich die Obergrenze für den Preis pro Kilowattstunde fest⁸.

Neben reinen Sozialtarif- Modellen gibt es zugleich ökologische Instrumente: Dazu gehört der progressiv verlaufende Strompreis, bei dem Strom bis zu einer bestimmten Verbrauchsmenge an finanziell schwache Privathaushalte vergünstigt abgegeben wird.

Bedeutet Sozialtarife, dass man zum Fenster heraus heizt?

Menschen mit geringeren Einkommen haben einen deutlich niedrigeren Energieverbrauch als Menschen, die überdurchschnittlich viel Geld zur Verfügung haben: Haushalte mit einem Einkommen bis 900 Euro haben einen jährlichen Stromverbrauch von rund 2.500 Kilowattstunden, Haushalte mit einem Monatseinkommen bis 1.500 Euro rund 3000 bis 3.500 Kilowattstunden⁹. Dennoch müssen finanziell schwache Haushalte anteilig doppelt so viel Geld für Energie ausgeben wie andere.

Der Gesetzgeber kann festlegen, unter welchen Bedingungen Anspruch auf vergünstigte Energie besteht. Um einen Stromsozialtarif nach belgischem Vorbild in Deutschland einzuführen, müsste der Staat gesetzlich in den derzeit liberalisierten Energiemarkt eingreifen. Beim Modell des progressiv verlaufenden Strompreises (Stromspartarif) steigt der Strompreis über einer festgelegten Grenze für alle an, die über diesem vergünstigten Kontingent an Strom hinaus einen höheren Stromverbrauch haben. So wird ein sparsamer Umgang mit Strom befördert.

⁸ Dünnhoff, Elke; Gigli, Michaela: Zur Diskussion um die Einführung von Energie-Sozialtarifen in Deutschland. Arbeitspapier im Rahmen des Projekts: Energieeffizienz und Energieeinsparung in ALG II- und Sozialhilfehaushalten, Dez. 2008.

⁹ Statistisches Bundesamt (destatis), Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, 29.04.2010.

LINKE Forderungen für eine sozial-ökologische Energiewende

1. Vollständiger Atomausstieg bis 2014

- **Elf Atomkraftwerken sofort stilllegen:** Der Kraftwerkspark in Deutschland ist derart überdimensioniert, dass elf der 17 Atomkraftwerke in Deutschland sofort vom Netz können – ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden.
- **Atomausstieg ins Grundgesetz schreiben:** Damit der Atomausstieg unumkehrbar wird, muss er in der Verfassung verankert werden.
- **Erneuerbare Energien fördern:** Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) ist aufzulösen und durch einen Vertrag zur Förderung von erneuerbaren Energien zu ersetzen.

2. Schutzschirm für Stromkunden spannen

- **Sozialtarife vorschreiben:** Für Haushalte mit geringem Einkommen muss es rechtsverbindliche Stromsozialtarife geben.
- **Stromsperrungen verbieten:** Die Grundversorgung mit Energie ist ein existenzielles Grundrecht.
- **Preisaufsicht einführen:** Bezahlbare Energiepreise setzen eine wirksame staatliche Preisaufsicht voraus.
- **Marktmanipulation und Insiderhandel konsequent ahnden:** Dazu muss beides als Straftatbestand gelten.
- **Energiesparfonds einrichten:** Niedrige Einkommensgruppen sind beim Kauf stromsparender Geräte aus einem staatlichen Fonds zu unterstützen.
- **Energiekonzerne zur Kasse rufen:** Die Brennelementesteuer ist zu erhöhen, um Extragewinne aus dem Emissionshandel abzuschöpfen; AKW-Rückstellungen sind in einen öffentlich-rechtlichen Fonds zu überführen.

3. Energieversorgung demokratisieren

- **Energienetze in die öffentliche Hand überführen:** Um Preismanipulation entgegenzuwirken und notwendige Netzinvestitionen vorzunehmen, müssen Übertragungsnetze in die öffentliche Hand übergeben werden.
- **Entflechtungsgesetz zur Begrenzung der Erzeugungs- und Netzkapazitäten eines Unternehmens einführen:** Erzeugungs- und Weiterleitungsnetze müssen unternehmerisch getrennt werden, damit die Preisbildung nicht von wenigen Konzernen bestimmt wird.
- **Energieversorgung rekommunalisieren:** Die Kommune ist der richtige Ort für eine gemeinwohlorientierte Energieversorgung und eine Energienutzungsplanung.
- **Beiräte einrichten:** Der Umbau der Energieversorgung ist auf allen Ebenen (Bund, Land, Kommune) von Beiräten aus Verbraucherverbänden, Umweltorganisationen und Gewerkschaften zu begleiten, um Transparenz und demokratische Kontrolle zu gewährleisten.
- **Aktiengesetz ändern:** Aufsichtsratsmitglieder müssen nach dem Gemeinwohl statt nach reinen Unternehmensinteressen entscheiden können.
- **Energiegenossenschaften fördern:** Bürgerinnen und Bürger können dezentral in erneuerbare Energien investieren und sich demokratisch an einer umweltgerechten Energieversorgung beteiligen.

4. Energieeffizienz fördern

- **Energiebedarfs-Pass für alle Gebäude einführen:** Mieterinnen und Mieter müssen Auskunft über Gebäudezustand, Dämmung und Heizanlage erhalten.
- **Energieeffizienz-Programm auflegen:** Verbindliche Standards für den Energieverbrauch festlegen, z.B. Stand-by Schaltungen mit einem Verbrauch von über 1 Watt verbieten, und den Stromverbrauch von Elektrogeräten klar kennzeichnen lassen.
- **Top-Runner-Programm starten:** Das jeweils energieeffizienteste Produkt wird nach japanischem Vorbild alle drei Jahre als gesetzlicher Mindeststandard festgelegt.

Service-Teil

Wann, wenn nicht jetzt? Atomausstieg bis 2014

Konzept der Fraktion DIE LINKE.

- **Kurzfassung:** www.nachhaltig-links.de/images/stories/Energie_und_Ressourcen/PDF/LINKE-Konzept_Atomausstieg_Kurzversion.pdf
- **Langfassung:** www.nachhaltig-links.de/images/stories/Energie_und_Ressourcen/PDF/LINKE-Konzept_Atomausstieg_Langversion.pdf

Anträge der Fraktion DIE LINKE.

- Atomausstieg bis 2014 – Für eine erneuerbare und demokratische Energieversorgung (BT-Drs. [17/6092](#))
- Schutzschirm für Stromkunden – Bezahlbare Energiepreise gewährleisten (BT-Drs. [17/5760](#))
- Gesetz zur grundlegenden Verankerung des Ausstiegs aus der Atomenergie (BT-Drs. [17/5474](#))
- Überführung der Rückstellungen der AKW-Betreiber in einen öffentlich-rechtlichen Fonds (BT-Drs. [17/5480](#))
- Energienetze in die öffentliche Hand – Kommunalisierung der Energieversorgung erleichtern – Transparenz und demokratische Kontrolle stärken (BT-Drs. [17/3671](#))

Was Sie schon jetzt tun können

- **Auf Ökostrom umstellen:** Wertvolle Hinweise finden sich z.B. unter www.atomausstieg-selber-machen.de/ und im Vergleichsportal: EcoTopTen – mehr Überblick für Verbraucherinnen und Verbraucher www.ecotopten.de
- **Energieberatung und Wartung einfordern:** Vermieter auffordern, eine Energieberatung durchführen zu lassen und einen Bedarfs-Energiepass vorzulegen. Der Pass soll zeigen, welche Einsparungen möglich sind, statt bloß den Verbrauch der letzten Jahre aufzulisten. Die regelmäßige Wartung der Heizungsanlage senkt den Verbrauch um bis zu zehn Prozent.
- **Sich beim Kauf neuer Geräte nach Stromsparern erkundigen:** Nicht immer informieren Hersteller und Einzelhandel von sich aus über den Energieverbrauch neuer Geräte, obwohl sie dazu verpflichtet sind.
- **Sich gegen überhöhte Rechnungen wehren:** Einspruch erheben und die Zahlung verweigern oder nur gegen Vorbehalt leisten. Hier sollte die vorherige Beratung bei einer Verbraucherzentrale nicht fehlen.
- **Stromsperrungen abwenden:** Wenn Sie bei einer Sperrdrohung keinen Rechtsbeistand einschalten können, kann der Gang zur Rechtsantragsstelle des örtlichen Amtsgerichts eine weitere Belieferung sichern.